

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Robert Viktorius, Magdeburg, Berling von Bernhard Garbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schrotbofstraße). Fernsprecher-Anschluss Nr. 1507.

Verkaufspreis zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljähr. (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeigerband in Deutschland monatlich 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.50 Mk. inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern (einschl. der Romanebeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inseratengebühr die fünfgehaltene Zeile 15 Pf. Postgebühren Nr. 7500.

Nr. 215.

Magdeburg, Mittwoch, den 14. September 1898.

9. Jahrgang.

Ein Zuchthausgesetz für die deutschen Arbeiter!

Sozialdemokraten! Was wir lange befürchteten, das soll jetzt eintreten: Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter ist in Gefahr!

Es ist offen ausgesprochen, daß der deutsche Arbeiter ins Zuchthaus wandern soll, der einen Kollegen zur Teilnahme an einem Streik „auszureizen“ sucht.

In keinem Staat der Welt besteht heute ein derartiges oder ähnliches Gesetz, wie es bereits ausgearbeitet und dem Reichstag im Herbst zugehen soll. In Deutschland würde, gelangte ein solches Gesetz zur Annahme, der Arbeiter künftig auf Gnade oder Ungnade dem unerfülllichen Ausbeutungshunger der Unternehmer ausgeliefert, seiner freien Willensbestimmung, des Rechts, über sein ureigenstes Eigentum, seine Arbeitskraft, selbständig zu verfügen, beraubt sein.

Die Brutalität und Ausbeutungswut eines hartherzigen Unternehmertums kennt keine Grenzen. Auf Monate und Jahre hinaus werden Hunderte und Tausende braver Arbeiter, die bereit sind, sich ehrlich ihr Brot zu erwerben, von der Arbeit ausgeschlossen, im Lande herumgehert, verfolgt, ausgehungert, wie gegenwärtig der Kampf in Magdeburg zeigt. Gegen diesen Terrorismus, welcher zahllose arbeitswillige Arbeiter an der Arbeit hindert, hat noch kein Posadowsky seine Stimme erhoben; den Arbeiterorganisationen aber soll der Garau gemacht, die Arbeiter sollen zu willenlosen Sklaven von Gesetzes wegen gestempelt werden.

Aber noch ist in Deutschland nicht der Wille eines raffgierigen Unternehmertums maßgebend, mächtiger als die Gelüste einzelner Unternehmer ist der Wille der großen Volksmassen, nicht nur der Arbeiter, sondern aller rechtlich denkenden Menschen. Jetzt ist es an der Zeit, diesen Willen zum Ausdruck zu bringen.

Wir rufen daher die Parteigenossen Magdeburgs auf, dem Unternehmertum deutlich zu verstehen zu geben, daß sie diese neueste Richtung des Rückwärts nicht mitsteuern wollen. Dazu bietet sich Gelegenheit in der am

Donnerstag, den 15. September, abends 8 Uhr in Friedrichslust

stattfindenden

Protest-Versammlung gegen jede Verkümmern des Koalitionsrechts.

In derselben spricht Albert Schmidt über:

Ein Zuchthausgesetz für die deutschen Arbeiter.

Parteigenossen! Ihr habt die unabwiesbare Pflicht, laut eure Stimme gegen den neuesten Plan zu erheben, wollt ihr nicht über Euch selbst und über das gesamte deutsche Volk die schwersten Gefahren heraufbeschwören. Was in der Macht der Sozialdemokraten liegt, muß geschehen, um jeden Angriff auf das Koalitionsrecht zu vereiteln. Geht man über den Entrüstungsturm, der in allen Kreisen des deutschen Volkes in diesen Tagen zum Ausdruck kommt, mit verächtlicher Geringschätzung hinweg, sucht man trotzdem die Pläne zur Durchführung zu bringen, so haben wir unsere Schuldigkeit getan. Die Verantwortung für das, was nachkommen wird, fällt dann nicht auf unser Haupt.

Für uns aber gilt die Losung: Auf die Schanzen für das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter!

Nieder der Arbeitertrug! Hoch das Koalitionsrecht!

Die Hand zum Frieden geboten.

Der Arbeitgeberverband hat öffentlich die Erklärung abgegeben, daß er der Wahl der von den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugestandenen Kommission nichts in den Weg legen und eine auf Grund des am 19. Juli festgelegten Modus gewählte Kommission jeder Zeit an hören will.

Die Frage, ob der Arbeitgeberverband sich von Anfang an dieser Kommission freundlich oder feindselig gegenübergestellt habe, lassen wir heute unerörtert; Thatsache ist, daß auf die vor Wochen an den Arbeitgeberverband gerichtete Anfrage wegen der Kommission keinerlei Antwort bei den Ausgesperrten eingegangen ist, wie auch sonst Mitglieder des Arbeitgeberverbandes ihre Feindschaft gegen die Kommission geäußert haben. Daß die Kommission für den Arbeitgeberverband gar nicht existierte, geht zur Evidenz daraus hervor, daß der Arbeitgeberverband die (vor dem Herrn Oberbürgermeister festgelegten) Grundsätze dem Tarif eigenmächtige Bedingungen beigab, die nicht zur Verhandlung gestanden haben.

Doch dies nebenbei.

Thatsache ist, daß der Arbeitgeberverband nunmehr die Kommission anerkennt, womit die Gleichberechtigung der Arbeiter gewahrt, dem seit Wochen ausgesprochenen Wunsche Rechnung getragen ist. Es ist fortgesetzt erklärt worden, daß die augenblicklichen Differenzen in dem Nichtvorhandensein eines Gegenseitigkeitsvertrages wurzeln, der zwischen den Organisationen beider Gruppen vereinbart ist. Es ist weiter erklärt, daß ein dauernder Friede nur dann möglich ist, wenn zwischen den beiderseitigen Organisationen Vereinbarungen getroffen sind und beide Organisationen sich verpflichten wie auch bemühen, die Abmachungen zu halten. Der den Arbeitern zur schriftlichen Anerkennung vorgelegte Tarif ist als Abmachung zwischen der Organisation des Arbeitgeberverbandes und den einzelnen Arbeitern zu betrachten — die Organisation der Arbeiter ist bei der Anerkennung des Tarifs nicht seinen Bedingungen gar nicht in Frage gekommen.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, wurde von dem zweiten Vorsitzenden des Maurerverbandes, Maurer Efftunge, in der am Montag im „Luisenpark“ von über 1000 Personen besuchten Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter folgende Resolution vorgeschlagen:

Die am 12. September im „Luisenpark“ tagende Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter hat Kenntnis genommen von der

Erklärung des Arbeitgeberverbandes, mit der von den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Leitung des Herrn Oberbürgermeisters Schneider vereinbarten Kommission in Verhandlung zu treten, um auf Grund der im Protokoll vom 20. Juli festgelegten Grundsätze eine Einigung herbeizuführen. Die Wahl dieser Kommission erfolgt nach dem am 19. Juli festgelegten Wahlmodus und tritt noch heute zusammen, um sofort mit dem Arbeitgeberverband in Verhandlung zu treten.

Nach diese Resolution bekundet die Friedensliebe, welche wiederholt seitens der Ausgesperrten und Streikenden zum Austrag gekommen ist. Um den Frieden so bald als möglich herbeizuführen, stellen die Arbeiter sich auf den Boden der am 20. Juli festgelegten Grundsätze und widersprechen auch nicht dem am 19. Juli festgelegten Modus zur Konstituierung der Kommission — es ist also ein ehrlicher Friedensschluß den die Arbeiter bieten.

Erfreulich ist ferner, daß der Arbeitgeberverband sich nicht mehr auf den Tarif verweist, den er den Arbeitern zur Unterschrift vorgelegt hat, sondern eine Einigung auf der Basis der laut Protokoll der Verhandlungen festgelegten Grundsätze zugest. In dem Tarif sind bekanntlich Bedingungen aufgenommen, die den Mitgliedern der zur Vergleichung des Streikes im Baugewerbe eingesetzten Kommission nicht vorgelegen haben. Wir greifen folgende Punkte heraus:

Tarif.

§ 3. Accordarbeit ist zulässig und wird nach freier Vereinbarung bezahlt. Als Accordarbeit ist insbesondere auch regelmäßig das Stein- und Kalktragen zu verstehen.

Bedingungen.

§ 3. Eine Entschädigung für nicht ausgeführte Accordarbeiten wird von keiner Seite gewährt.

§ 4. Jeder beschäftigte Geselle oder Arbeiter ist verpflichtet, der Ortskrankenkasse für die im Maurer- und Baugewerbe beschäftigten Personen zu Magdeburg oder der Ortskrankenkasse für die im Zimmergewerbe beschäftigten Personen zu Magdeburg anzugehören oder beizutreten. Unterhält dagegen ein Arbeitgeber eine eigene Betriebskrankenkasse, so sind die bei ihm beschäftigten Gesellen und Arbeiter verpflichtet, dieser Kasse beizutreten.

§ 5. Das Rauchen ist den Arbeitnehmern während der Arbeitszeit strengstens verboten.

Dem Arbeitgeberverband ist auch sehr wohl bekannt, daß diese Paragraphen von der Macht diktiert sind, die er nach Beendigung des letzten Streiks zum Ausdruck bringen wollte, denn § 6 der Bedingungen lautet:

Den vorstehenden Lohn- und Arbeitstarif, die obigen Bedingungen und die Ergebnisse der durch die Protokolle festgelegten Verhandlungen, welche am 19. und 20. Juli d. J. unter Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Schneider stattfanden, erkenne ich durch meine eigenhändige Namensunterschrift an und verpflichte mich, für die Zeit bis zum 31. März 1900 keine neuen Forderungen an ein Mitglied des Arbeitgeberverbandes des Maurer- und Zimmergewerbes zu Magdeburg zu stellen.

Das im Druck hervorgehobene Wörtchen „und“ ist hier von weittragender Bedeutung. Würde der den Arbeitern vorgelegte Tarif nur die in der Ausgleichskommission festgelegten Grundsätze enthalten, so hätte § 6 sich hierauf berufen können, so aber haben die Arbeiter

a) den vorstehenden Lohn- und Arbeitstarif,

b) die obigen Bedingungen und

c) die Ergebnisse der durch die Protokolle festgelegten Verhandlungen durch Unterschrift anerkennen müssen. Nun, diese Streitfrage scheidet ja auch aus den nunmehr angebahnten Verhandlungen aus, da der Arbeitgeberverband sich auf die, laut Protokoll vom 20. Juli festgelegten „Grundsätze“ bezieht, welche die Arbeiter in vorstehender Resolution, die gegen drei Stimmen angenommen wurde, auch anerkannt haben.

Es ist selbstverständlich, daß die Kommission (in Vertretung der Organisation der Arbeiter) sich unterschriftlich verpflichtet für die (im Falle einer Einigung) getroffenen Vereinbarungen einzustehen, was auch von den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter verlangt wird. Damit fallen die den Einzelnen abverlangten Unterschriften fort. Für die strikte Einhaltung der Vereinbarungen haften für die Organisation der Arbeitgeber der Arbeitgeberverband, für die Organisationen der Arbeiter die aus 7 Mitgliedern bestehende Kommission (3 Maurer, 2 Zimmerer, 2 Bauarbeiter) der Arbeiter.

Auf dieser Basis gelangen beide Teile zum Ziele — ist die Gleichberechtigung der Arbeiter gewahrt, ist eine Kommission gegeben, die Streitigkeiten schlichtet und einen späteren Lohn- und Arbeitstarif ausarbeitet — mehr haben die Arbeiter im letzten Stadium des Streiks nicht verlangt.

Die Versammlung gab sich der Hoffnung hin, daß der Arbeitgeberverband keinerlei Winkelzüge mache und seinen öffentlich gegebenen Erklärungen gemäß handle. Von diesen Voraussetzungen ausgehend, nahm die Versammlung die Wahl vor. Die Arbeiter der 64 Baugeschäfte, die dem Verbands der Arbeitgeber angehören, wählten einzeln je 3 Personen, die nach Beendigung der Wahl (die eine Stunde in Anspruch nahm) die Kommission in gesondertem Wahlgange und in einem besonderen Lokale wählten. Gewählt wurden als Vertreter der Maurer: die Herren Bierau, Cabelitz und Reißig; der Zimmerer: die Herren Wöckel und Möller und der Bauarbeiter: die Herren Möller und Schulze. Die Kommission hat sich sogleich konstituiert und wird Dienstag früh durch eine Abordnung bei dem Arbeitgeberverbande vorstellig werden.

In seiner Hand liegt es, Frieden zu schließen. —

Wie der Arbeitgeberverband agitiert.

Wir hatten uns vorgenommen, die angebahnten Verhandlungen nicht zu führen und die in Arbeiterkreisen herrschende Erbitterung durch Artikulation der gestern von uns angebotenen Ereignisse nicht zu verschärfen. Wir halten die gestern abgegebene Erklärung auch noch heute aufrecht, können aber nicht umhin, ein über Nacht hereingebrochenes Ereignis zu besprechen.

Der Arbeitgeberverband hatte am Sonntag der Magdeburgischen Zeitung einen Artikel zugehen lassen, welcher die Ursachen und den Verlauf der obwaltenden Streitigkeiten einseitig behandelt und von Unwahrheiten, Entstellungen und unqualifizierbaren Angriffen gegen die Vertrauensleute der Arbeiter trozt. Eine Probe haben wir in dem Artikel „Waffenstillstand“ gegeben.

Mit dieser Agitation hat sich aber der Arbeitgeberverband nicht zufrieden gegeben. Er hat Sachsenchau und Generalanzeiger veranlaßt, den Artikel der Magdeburgischen Zeitung nachzudrucken. Ein angestellter Vergleich ergab, daß Magdeburgische Zeitung und Sachsenchau einen gleichlautenden Artikel veröffentlichten, während der Artikel des Generalanzeigers wesentlich von diesen Artikeln abwich. (Der Artikel im Generalanzeiger ist mit S. (Schmidt 2) und G. (Ganzlin) unterzeichnet.)

Doch weiter: Dienstag, den 18. September, ist einem großen Teile der hiesigen Bürgerschaft ein Schreiben zugegangen, welches in seinen Anlagen die Protokolle der Verhandlungen vor dem Herrn Oberbürgermeister und einen Abdruck des Artikels der Magdeburgischen Zeitung enthält. Bei genauer Durchsicht des letzteren finden wir aber, daß dem Arbeitgeberverband die Beschuldigungen und Beschimpfungen, wie sie in dem Artikel der Magdeburgischen Zeitung, der Sachsenchau und Generalanzeiger enthalten sind, nicht genügen. In dem an Private gerichteten Artikel wird noch mit ganz anderen Mitteln operiert, werden noch ärgere Beschuldigungen und Beschimpfungen angewandt. **Vor der Öffentlichkeit hat der Arbeitgeberverband noch etwas Schen gehabt, diese Schen hat er aber abgestreift in dem Schreiben an die Bürgerschaft, das nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, aber in unsere Hände gelangte.**

Zum besseren Verständnis der Agitation des Arbeitgeberverbandes stellen wir einzelne Sätze der Artikel gegenüber. Und nun aufgemerkt:

Artikel der Magdeburgischen Zeitung. (Für die Öffentlichkeit bestimmt.)

Der Arbeitgeberverband des Maurer- und Zimmergewerbes zu Magdeburg veröffentlichte in den gestrigen Tagesblättern eine Erklärung, die offenbar dem in Arbeiterkreisen verbreiteten, unwarhren Heilmittel die Spitze abbrechen soll. Der Arbeitgeberverband verhalte sich ablehnend gegen die Wahl der Kommissionen, die zu wählen den Arbeitern nach den Protokollen der Verhandlungen vor dem Herrn Oberbürgermeister als Recht zusteht.

Wer die Entstehung und den Verlauf des zweiten Streiks mit einigem Interesse verfolgt hat, wird sich nicht verhehlen, daß die Heizer nicht mit Ungaben in Verlegenheit sein werden, mit denen die große Masse in Aufregung zu halten ist. Die Beendigung des ersten Streiks wurde von seiten der Heizer dadurch herbeigeführt.

Die Heizer erklärten diese Unterchrist für nicht rechtsverbindlich, da sie „erzwingen“ sei.

Ein Ende des Ausstandes mußte aber nach Ansicht der Heizer unter allen Umständen herbeigeführt werden, da sie einsahen, daß gegen die geschlossene Masse der Arbeitgeber nichts auszurichten war.

Um nun aber die in Frage kommenden Arbeiter für einen partiellen Streik zu entfachen, erklärte man, der Arbeitgeberverband sei den Verpflichtungen nicht nachgekommen, welche ihm die Protokolle vom 19. und 20. Juli dieses Jahres auferlegten.

Nachdem der Versuch des Arbeitgeberverbandes, die Ausständigen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, erfolglos geblieben, griff der Verband sühnend gemäß zu energischen Maßnahmen. Die Heizer sahen ein, daß sie sich in der Annahme geirrt, der Verband werde nicht noch einmal wie ein Mann für den einzelnen angegriffenen Kollegen stehen; sie versuchten deshalb den Streik im Denedeschen Geschäft als eine harmlose Privat-sache hinzustellen.

Weiter behauptete man, der Arbeitgeberverband verhalte sich ablehnend gegen die Wahl der Kommissionen der Arbeiter. Nachdem auch diese Fabel gebührend widerlegt ist, darf man allerdings gespannt sein, auf welches Gebiet sich die Findigkeit weiter begeben wird.

Daß einem großen Teil der besonnenen Arbeitnehmer die Augen über die Bestrebungen der Heizer aufgegangen sind, beweist die große Zahl derer, welche dem Rufe, die Arbeit niederzulegen, nicht Folge gegeben haben. Ungleich größer noch würde die Zahl sein, wenn sie unter den Rohheiten und Vergewaltigungen nicht so zu leiden hätten. Viele brave Arbeiter klagen, in welcher nichtswürdigen Weise sie auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte, im Eisenbahnwagen und wo sie sich sonst sehen lassen, von rohen Elementen behandelt werden.

Es erübrigt sich, auf den Inhalt dieser Artikel näher einzugehen. Sie werden durch sich selbst gekennzeichnet. Wie schlecht muß es um die Sache des Arbeitgeberverbandes stehen, wenn er zu solch erbärmlichen, nichtsnutzigen Mitteln greifen muß. Der Arbeitgeberverband hatte durch seine brutale Aussperrung sowieso die Sympathie aller rechtlich denkenden Menschen vercherzt — die neueste Leistung raubt ihm aber noch den letzten Rest von Ansehen und Achtung. Diese Schandchrift lehrt uns aber andererseits, mit welchen erbärmlichen Mitteln der Arbeitgeberverband operiert, um die Behörden, das bauende Publikum und die Privaten zu betören. — Wir haben von dem Lügengewebe den Schleier gerissen, inmitten der Verhandlungen, da der Arbeitgeberverband in dieser Zeit mit so erbärmlichen Mitteln operierte. **Selbst am Dienstag die Einigung nicht gelingen, so ist der Arbeitgeberverband gerichtet.**

Daß Magdeburgische Zeitung, General-Anzeiger und Sachsenchau diesen Schmähs- und Schandartikel aufgenommen haben, kennzeichnet die Haltung dieser Presse besser, als wir es sagen können. Ein Schamgefühl mag dem General-Anzeiger dennoch beschliffen haben, er hat (spekulierend auf seinen Abonnentenstand) die gegen die Arbeitervertreter gerichteten Gemeinheiten gemildert — der Central-Anzeiger (die von Arbeitern gefüllte Gelbquelle der Magdeburgischen Zeitung) hat den Artikel bis heute nicht aufgenommen. Arbeiter, Frauen! Ueberlegt Euch diese Handlung, besprecht sie überall und — entscheidet.

Zum Klassenkampf in Magdeburg.

In dem Artikel „Die Hand zum Frieden geboten“ auf der ersten Seite dieser Nr., haben wir die Reden der Vertrauensleute und der übrigen Berufskollegen zusammengefaßt. Mit Genugthuung konstatieren wir, daß sämtliche Beschlüsse fast einstimmig angenommen wurden, wie denn überhaupt eine frohe Kampfesstimmung vorherrschte. Zweifelhaft blieb nur die Abstimmung über folgenden Antrag:

Falls der Arbeitgeberverband mit der gewählten Kommission verhandelt, hat die erste Sitzung unter Leitung einer unparteiischen Person zu erfolgen.

In Vorschlag war Stadtrat Reimarus gebracht. Der Antrag wurde damit begründet, daß nach einem so langen und scharf geführten Kampfe die Gemüter sehr leicht aufeinander-

Artikel des General-Anzeigers. (Für die Öffentlichkeit bestimmt.)

Der Arbeitgeberverband des Maurer- und Zimmergewerbes zu Magdeburg veröffentlichte in den hiesigen Tagesblättern eine Erklärung, welche offenbar der in Arbeiterkreisen verbreiteten, unwarhren Thatsache die Spitze abbrechen sollte. Der Arbeitgeberverband verhalte sich ablehnend gegen die Wahl der Kommissionen, welche zu wählen den Arbeitern nach den Protokollen der Verhandlungen vor dem Herrn Oberbürgermeister als Recht zusteht.

Wer die Entstehung und den Verlauf des zweiten Streiks mit einigem Interesse verfolgt hat, wird sich nicht verhehlen, daß man um eine neue Streikführung nicht in Verlegenheit sein werde, mit der die große Masse in Aufregung zu halten ist. Die Beendigung des ersten Streiks wurde dadurch herbeigeführt.

Die Streikführer erklärten diese Unterchrist für nicht rechtsverbindlich, da sie „erzwingen“ sei.

Ein Ende des Ausstandes mußte aber nach Ansicht der Führer unter allen Umständen herbeigeführt werden, da sie einsahen, daß gegen die geschlossene Masse der Arbeitgeber nichts auszurichten war.

Um nun aber die in Frage kommenden Arbeiter für einen partiellen Streik zu entfachen, gehörte wieder eine nichtswürdige Verlogenheit dazu, welche darin gipfelte, der Arbeitgeberverband sei den Verpflichtungen nicht nachgekommen, welche ihm die Protokolle vom 19. und 20. Juli d. J. auferlegten.

Nachdem der Versuch des Arbeitgeberverbandes, die Ausständigen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, erfolglos geblieben, griff der Verband sühnend gemäß zu energischen Maßnahmen. Auf der gegnerischen Seite sah man ein, daß man sich in der Annahme geirrt, der Verband werde nicht noch einmal wie ein Mann für den einzelnen angegriffenen Kollegen stehen; sie versuchten deshalb den Streik im Denedeschen Geschäft als eine harmlose Privat-sache hinzustellen.

Weiter wurde verbreitet, der Arbeitgeberverband verhalte sich ablehnend gegen die Wahl der Kommissionen der Arbeiter. Doch auch diese Fabel konnte gebührend widerlegt werden.

Daß einem großen Teil der besonnenen Arbeitnehmer die Augen über die Bestrebungen der Heizer aufgegangen sind, beweist die große Zahl derer, welche dem Rufe, die Arbeit niederzulegen, nicht Folge gegeben haben. Viele brave Arbeiter klagen dazu thranenden Auges, in welcher Weise sie auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte, im Eisenbahnwagen und wo sie sich sonst sehen lassen, von den Streikenden zu leiden haben.

Das eine große Teil der besonnenen Arbeitnehmer die Augen über die Bestrebungen der Heizer aufgegangen sind, beweist die große Zahl derer, welche dem Rufe, die Arbeit niederzulegen, nicht Folge gegeben haben. Ungleich größer noch würde die Zahl sein, wenn sie unter den Rohheiten und Vergewaltigungen der Heizer nicht so zu leiden hätten. Viele brave Arbeiter klagen thranenden Auges, in welcher nichtswürdigen Weise sie auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte, im Eisenbahnwagen und wo sie sich sonst sehen lassen, von rohen Elementen behandelt werden.

Es erübrigt sich, auf den Inhalt dieser Artikel näher einzugehen. Sie werden durch sich selbst gekennzeichnet. Wie schlecht muß es um die Sache des Arbeitgeberverbandes stehen, wenn er zu solch erbärmlichen, nichtsnutzigen Mitteln greifen muß. Der Arbeitgeberverband hatte durch seine brutale Aussperrung sowieso die Sympathie aller rechtlich denkenden Menschen vercherzt — die neueste Leistung raubt ihm aber noch den letzten Rest von Ansehen und Achtung. Diese Schandchrift lehrt uns aber andererseits, mit welchen erbärmlichen Mitteln der Arbeitgeberverband operiert, um die Behörden, das bauende Publikum und die Privaten zu betören. — Wir haben von dem Lügengewebe den Schleier gerissen, inmitten der Verhandlungen, da der Arbeitgeberverband in dieser Zeit mit so erbärmlichen Mitteln operierte. **Selbst am Dienstag die Einigung nicht gelingen, so ist der Arbeitgeberverband gerichtet.**

Daß Magdeburgische Zeitung, General-Anzeiger und Sachsenchau diesen Schmähs- und Schandartikel aufgenommen haben, kennzeichnet die Haltung dieser Presse besser, als wir es sagen können. Ein Schamgefühl mag dem General-Anzeiger dennoch beschliffen haben, er hat (spekulierend auf seinen Abonnentenstand) die gegen die Arbeitervertreter gerichteten Gemeinheiten gemildert — der Central-Anzeiger (die von Arbeitern gefüllte Gelbquelle der Magdeburgischen Zeitung) hat den Artikel bis heute nicht aufgenommen. Arbeiter, Frauen! Ueberlegt Euch diese Handlung, besprecht sie überall und — entscheidet.

plagen, dies aber durch eine unparteiische Leitung der Verhandlungen vermieden werden könnte. Es bleibt abzuwarten, ob der Arbeitgeberverband auf diesen Vorschlag eingeht. —

Die Kommission der Arbeiter ist von dem Arbeitgeberverbande erwacht, Dienstag mittag in gemeinschaftlicher Sitzung über den schwebenden Streit zu entscheiden. —

Quittung.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter Magdeburgs gingen ein: Kunst- und Gemäldehändler 1.00. — Gewerkschaftsartikel Galberstadt 1.00. — Porzellanfabrik 2.75. — Burgemeister in Bückau 8.90. — Staspieler bei Straße 1.10. — D. D. Buch Katurbe 3.00.

— Geburtstag in Burg. Gr. Hirsenstr. 1.00. — Extra-Lanz im Weißen Hirsch 4.65. — Porzellan-Arbeiter Neustadt, 1. Rate 10.00. — Von der roten Hochzeit und Verlobung 1.71. — Zwei Tischer in Friedrichsstadt 1.00. — M. Gn. 0.50. — Ueberf. von der Omnibusfahrt des Stadtbus 5.25. — U. R., Wilhelmstadt 0.50. — Drei Tiger 1.50. — Die Wassertratte 2.20. — F. S. 8.50. — Stahl- und Eisenfabrik * 91.70. — Summa: 264.76. In Nr. 214 quittiert: 379.42 (nicht 389.42). Insgesamt: 644.18. —

Die Expedition der Volkstimme.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Das Urteil der Magdeburgischen Zeitung über die Ermordung der Kaiserin von Oesterreich: „Es ist ein unschätzbares Verbrechen. Selbst der Vorwärts gesteht es ein, und er fügt hinzu, daß bei der That, der die Kaiserin von Oesterreich zum Opfer gefallen ist, jeder Versuch verfehlt, den Mordtaten zu ergründen. Gegenüber der Motive vermag er vielleicht, aber nicht gegenüber der That. Jedemfalls sollten die roten Kalendernmacher, die die Tage als denkwürdig bezeichnen, an denen einmal ein Mordstahl geklinkt hat gegen ein fürstliches Haupt, sich nicht allzu unbefangenen und fassungslos stellen! Wenn Mordtaten als die Merkzeichen denkwürdiger Tage gelten, so kann das auf fanatisierte Köpfe nur verwirrend einwirken.“ Pfiui! —

Unter der Stichmarke: Unsere Pappenheimer lesen wir in der Volkszeitung: „Nichtig, wie zu vermuten war, benutzt der „große Schleifstein“, der die Regie in der Scharfmacherei führt, das Attentat von Genf, um mit Inbrunst für ein neues Anarchisten- und Sozialistengesetz zu plädieren! Das Geschrei nach neuen Ausnahmengesetzen wird sicherlich eine Zeit lang das Nothstandsgeschrei der Agrarier überbieten. Das deutsche Volk aber sei auf der Hut vor solchem Geschrei! Die Bombenwerfer und andere Verrückte meint man, und die Opposition insgesamt trifft man! Also: Aufgepaßt! —

Alle in Lausanne veranstalteten Nachforschungen bezüglich der Beziehungen, welche der Mörder der Kaiserin von Oesterreich, Lucheni, während seines hiesigen Aufenthaltes unterhielt, haben ebensowenig wie eine in seiner Wohnung gehaltene Haussuchung irgend welche Anzeichen dafür ergeben, daß der Mörder Mitschuldige gehabt habe. —

Nach den Strafgesetzen des Kantons Genf wird der Mörder Lucheni abgeurteilt werden; diese sehen nicht die Todesstrafe vor, sondern nur lebenslängliche Einlieferung. —

Der Arztstreik in Remscheid hat mit einer Niederlage der Ärzte geendet. Die Ortskrankenkasse hat sieben Ärzte von auswärts herangezogen, die mit einem festen Jahresgehalt von 6000 Mark angestellt sind und keine Privatpraxis ausüben dürfen. Da die Krankenkasse die halbe Bevölkerung umfaßt, ist den Ärzten in Remscheid ein schwerer Nachteil zugesügt worden. —

Geheimnisvolle Funde beschäftigen, dem kleinen Journal zufolge, die Berliner Polizei. Auf der Ringbahn soll Mitte vorigen Monats der Bahnwärter beim Revidieren der Strecke auf den Schienen eine mit Dynamit gefüllte Blechbüchse, und neuerdings, am Mittwoch, Patronen gefunden haben. Die Polizei vermutet ein Verbrechen. Ihre Nachforschungen sind bisher resultatlos geblieben. —

Zum Kampf gegen das Koalitionsrecht.

Das frühere Organ der Herren Leuz und Ahlwardt, das Blatt, das seinen Sympathieen für den Freiherrn von Hammerlein immer rückhaltlos Ausdruck gab, die Staatsbürger-Zeitung (in Magdeburg: Sachsenchau), schließt einen „Die Streikrede des Kaisers“ überschriebenen Leitartikel mit folgenden Worten: „Grundsätzlich bleibt das Koalitionsrecht unangetastet. Während bisher aber nur die Vergewaltigung Arbeitswilliger bestraft wurde, soll fortan auch die systematische, verleumderische Verhöhnung der Arbeiter gegen ihre Brotherrn, die ganz außerhalb des Rahmens der Koalitionsfreiheit liegende und an Landfriedensbruch grenzende Begünstigung des Streiks durch ungesetzliche Mittel, unter Strafe gestellt werden. Darin liegt keine Bedrohung des Koalitionsrechts, kein Anschlag gegen die Arbeiter, keine Eröffnung des Zuchthausstaates, wie freisinnige, sozialdemokratische und kerikale Blätter behaupten, sondern die Aufrechterhaltung der gewerblichen Ordnung, der gleichmäßige Schutz des Arbeiters und Arbeitgebers. —

Die freikonservative Post, die es so gern sähe, wenn aus der vom Kaiser angekündigten Streikvorlage etwas würde, diese Hoffnung aber arg gefährdet sieht angesichts der abfälligen Kritik, die sie bis in national-liberale Kreise hinein findet, legt sich auf Moralistieren. Sie wendet sich an die nicht sozialdemokratische Presse mit dem Ersuchen, doch der Verhöhnung der Arbeiter entgegenzutreten, die von sozialdemokratischen Blättern jetzt wieder betrieben werde, indem man den Arbeitern weismache, daß es sich nicht um den Schutz ihrer Freiheit und den Schutz gegen gewissenlose Agitatoren handelt, sondern daß es in der Absicht liege, ihnen die durch den § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Berechtigung, sich zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen zu vereinigen, wieder zu nehmen. Weist, so fährt das Organ des Frhrrn v. Stumm fort, die bürgerliche Presse aller Parteien einmütig und bündig nach, daß die sozialdemokratische Behauptung, als solle das Koalitionsrecht bedroht oder beschränkt werden, wo es sich doch lediglich um die Beseitigung schlimmer Auswüchse handelt, jeder tatsächlichen Unterlage entbehrt, so wird auch die sozialdemokratische Presse nicht in der Lage sein, eine dauernde Wirkung mit solchen falschen Behauptungen zu erzielen. Hierzu bemerkt die Frankfurter Zeitung: Die bürgerliche Presse würde dieser Aufgabe gewiß gerne nachkommen, wenn es nur nicht so entsetzlich schwer wäre, zu beweisen, daß die Arbeiter auch dann noch das Recht haben, sich zu einem Streik zusammenzutun, wenn schon der Anreiz zum Streik mit Zuchthaus bestraft werden soll. —

Weit unter Preis
empfehle diverse 2249

Gardinen

in prachtvollen Dessins und durchaus gut in der Wäsche.

Neu
eingetroffen:
Sofa-Bezüge
in
reizenden Mustern.

J. Kirstein

Breileweg 181, 1 Treppe
Eingang nur Himmelreichstraße.

Schmidtstr. 45.

Chocoladen- und Zuckerwaren-Fabrik

Neustädterstr. 8.

Hermann Klingenberg

Magdeburg-Neustadt.

Die überaus günstige Aufnahme, welche meine Fabrikate gefunden haben, veranlaßt mich, auch in meinen Filialgeschäften

Neustädterstrasse 8 und Bismarckstrasse 13

zum Original-Fabrikpreis zu verkaufen. Nachfolgende Preise sind von heute ab in meinen vier hiesigen Geschäften maßgebend:

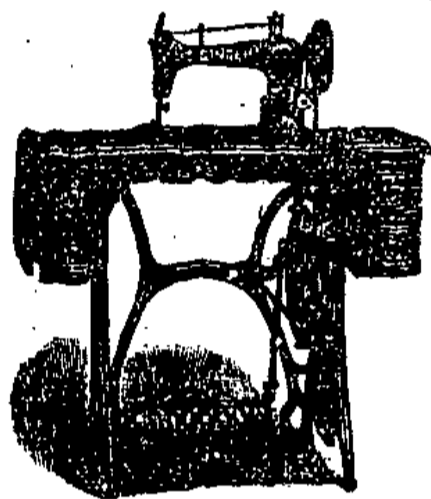
Bombon-Abfall . . . per ¼ Pfd. 8 Pfg.	Pfefferminz-Kugeln . . . ¼ Pfd. 10 Pfg.	Vanille-Chocol. ¼ Pfd.-Tafel 15 Pfg.	Cognac-Pralinés . . . ¼ Pfd. 20 Pfg.	Cacao Holländisch . . . ¼ Pfd. 45 Pfg.
Quodlibet . . . 8 "	Süßerlinge . . . 10 "	(in Staniol u. Eilqueitès)	Marcipan diverse . . . 20 "	Cacao Venedig . . . 50 "
Himbeeren (Fruchtgeschmack) . . . 10 "	Chocoladenmehl . . . 10 "	Crème-Chocolade ¼ Pfd.-Tafel 17 "	Liqueur-Kaffeebohnen . . . 20 "	Albert-Cafés in Rollen, ¼ "
Althee-Bombons . . . 10 "	Kristall-Wärfel . . . 10 "	Seidentliffen . . . ¼ Pfd. 15 "	Haushaltung-Chocoladen 17 u. 20 "	und ½ Pfund, per Rolle
Bayr. Walz-Bombons . . . 10 "	Simonaden-Bombons . . . 10 "	Fondant-Mischung . . . 15 "	(in Staniol)	10 und 13 "
Zwiebel-Bombons . . . 10 "	Alte-Bombons . . . 10 "	Pfefferminz-Kapseln . . . 15 "	Prümel-Chocoladen . . . 18 u. 20 "	Banille-Cafés, extrafein . . . 20 "
Honig-Bombons . . . 10 "	Pfefferminz-Küchel (sehr stark) . . . 13 "	Kristall-Früchte . . . 15 "	(Pralinéform)	Bruch-Chocolade, garant. rein 20 "
Fenchel-Bombons . . . 10 "	Vanille-Pulver . . . 13 "	Biskuit-Mischung . . . 17 "	Mandel-Nuß-Pralinés . . . 25 "	mit Zusatz . . . 18 "
Rock-Abfall . . . 10 "	Rock . . . 13 "	Pralinés . . . zu 17 und 20 "	Randel-Crème-Pralinés . . . 25 "	Riegel-Chocolade per Riegel
Cachou-Bombons . . . 10 "	Chocolade-Bombons . . . 13 "	Sport-Seiden-Mischung . . . 20 "	Rougat-Pralinés . . . 25 "	4, 7 und 15 "
Konfekt-Melange . . . 10 "	Butter-Cafés . . . 13 "	Gebrannte Vanille-Mandeln . . . 17 "	Cacao-Pulver, lose . . . 40 "	

Bei Entnahme größerer Posten besondere Preise. Ganz besonders mache ich noch darauf aufmerksam, daß meine Fabrikate nur aus bestem Rohmaterial hergestellt werden.

Berlinerstr. 1a.

Hermann Klingenberg, Chocoladen- und Zuckerwaren-Fabrik
Magdeburg-Neustadt.

Bismarckstr. 13.



Singer Nähmaschinen sind mustergeräthlich in Konstruktion u. Ausführung.
Singer Nähmaschinen sind unentbehrlich für Hausgebrauch und Industrie.
Singer Nähmaschinen sind in allen Fabriksbetrieben die meist verbreitetsten.
Singer Nähmaschinen sind unerreicht in Leistungsfähigkeit und Dauer.
Singer Nähmaschinen sind für die moderne Kunststickerei die geeignetsten.

Kostenfreie Unterrichtskurse, auch in der modernen Kunststickerei.

Die Nähmaschinen der Singer Co. werden in mehr als 400 Sorten von Spezial-Maschinen für alle Fabrikationszweige geliefert und sind nur in unseren eigenen Geschäften erhältlich.

Singer Co. Akt.-Ges., Br. Weg 53.

(Frühere Firma: G. Meidinger).

Comptoir und Lager:

Bismarckstraße 33, Ecke der Lauenzienstraße.

Das beste Desinfektionsmittel

für gestrichene Fußböden, Parquetböden, Linoleum, sowie Möbel aller Art ist



Holzmaker's Parquetbohne

aus der Fabrik von 2017

Holzmaker & Patté, Magdeburg.

Durch bakteriologische Versuche stellten die vereid. Gerichts- und Handels-Chemiker, Herren Dr. Brochhoff und Chreite, Magdeburg, fest, daß Krankheitsreger (Pilze, Bazillen etc.) durch Einwirkung unserer Bohne auf dieselben vollkommen vernichtet wurden.

Zu haben in Büchsen à 50 Pfg. und 1 Mark in den meisten besseren Kolonialwaren-Handlungen usw.

Vor Nachahmungen wird gewarnt! Man achte auf die Schutzmarke!

Prachtvolle Betten

mit recht dünnen Federn und vorzüglichen Julettis für nur

28, 36, 40—55 Mk.

Leutebetten 17, 20 u. 24 Mk.

Bettstellen mit Matratzen

für nur 21, 28 und 36 Mk.

Julius Rosenberg 2248

Katharinenstr. 8, hochpart.

6 Stück gebrauchte Fahrräder unter Garantie billigst zu verkaufen.

R. Osterroth 2131

Mechaniker, Lüneburgerstraße 27.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren

reelle Arbeit, empfiehlt

C. Dittmar, Tischlermeister

Tischlerstraße 26. 522

20 Bettstellen u. Matratzen

werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5.00 und wöchentlicher Abzahlung von 1.00 Mark an abgegeben.

S. Osswald

Ulrichstraße 14
2167 1. Etage
gegenüber der Ulrichskirche.

Birken- und Nußbaum-

Wöbel

kauft man zu den denkbar billigsten Preisen bei

Julius Rosenberg 2248

Katharinenstr. 8, hochp.

* Fahrrad für 50 Mk. umständehalber zu verkaufen. Umfassungstraße 31, part.

Zu haben

in den meisten Kolonialwaren-, Droguen- und Seifen-Handlungen.

Dr. Thompson's

Seifenpulver



ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste 1814

Waschmittel der Welt.

Man achte genau auf den Namen „Dr. Thompson“ und die Schutzmarke „Schwan“.

Ein rotgestr. Gebett Betten 13 Mk. ein prachtv. Ausst. Bett 17 Mk. Bandstr. 7 III.

Lohnende Nebeneinnahme

können sich Personen jeden Standes — namentlich in größeren Betrieben beschäftigen — leicht verschaffen. Offerten unter

565 A an die Expedition d. Bl. 565

* Ausständiges Logis für 2 Herren Eberdorferstraße 18, v. 2 Tr. 1.

Walhalla-Theater.

Jeden Abend: 2170

Große Künstler-Spezialitäten-Vorstellung.

Cirkus

Corty-Althoff
150 Pferde, 160 Personen.

Donnerstag abend 8 Uhr:
I. Gala-Konkurrenz-

Vorstellung.

Diese Vorstellung wird dadurch interessant, daß in derselben Aktiven und Pferde sich einander zu überbieten bemühen werden. Ein derartiges Arrangement wurde hier noch nie gesehen. 2244

Alles Nähere die Zettel und Säulen.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten. Heute liegt Bogen 66 vom Roman: „In Reich“ und „Gled“ bei.

Otto Schmitt Halt! Gr. Diesdorferstraße 227

alle Sorten selbstgefertigter Cigarren u. Cigaretten.

* Gut erh. 4rdr. Kinderwagen billigst zu verkaufen. Sudenburgerstr. 11, P., L., 2 Tr. 561

reelle und gute Ausführung, bei

Wohlfühlbank gef., Fürststr. 12, Möhring. Wilhelm Ebert, Grüneamstr. 11.

Ansehensd
unheilbare Krankheiten
werden mit anerkannt bestem Erfolge behandelt durch
Visser, homöopathischer Prakt.
Magdeburg, Jakobstraße 3. 2176
Sprechstunden von 11—4 Uhr; Donnerstags keine Sprechstunden.

Sanitäre Mißstände in den Bäckereibetrieben.

Der handwerksmäßige Bäckereibetrieb weist überall, in allen Kulturländern, sanitäre Mißstände gleicher Art in Verbindung mit maßloser Ausbeutung der Arbeiter auf. Jetzt hat — und sicher nicht aus geringfügiger Ursache — die Landesregierung in Oesterreichisch-Schlesien sich veranlaßt gesehen, an die unterstehenden politischen Behörden einen Erlaß, betreffend die Hygienehaltung beziehungsweise Abstellung der Mißstände in Bäckereibetrieben gerichtet. Sie weist auf die Wahrnehmungen hin, daß in vielen Fällen die Backstube auch als Wohn- oder Schlafraum des Gewerbetreibers diene, oder daß in derselben sich die Schlafstätten der Hilfsarbeiter befinden, daß dem Hilfspersonal ganz ungewöhnliche oder direkt gesundheitsschädliche Schlafräume zugewiesen werden, die Backstube unrein und oft schlecht ventilierbar ist, daß das fertige Gebäck im Hausflur aufbewahrt oder auf dem Boden des unsauberen Arbeitsraumes ausgebreitet wird, daß die Arbeiter mit unreinen Händen zur Arbeit gehen, für Waschzeug nicht gesorgt ist etc.

Der Erlaß fordert nicht nur fortdauernde Ueberwachung der Bäckereibetriebe durch die Gewerbebehörden, sondern es wird ihnen auch zur Pflicht gemacht, sich in allen Fällen der Ummelbung von neuen Bäckereigebäuden einen Plan der Betriebsanlagen vorlegen zu lassen, und falls aus demselben die einschlägigen Verhältnisse nicht mit genügender Klarheit beurteilt werden könnten, stets eine kommissionelle Besichtigung der Betriebsanlage vorzunehmen. Die Anforderungen, die hinsichtlich der Beschaffenheit der Betriebsanlage und der Schlafstellen der Hilfsarbeiter zu stellen seien, werden dem Ermessen der Gewerbebehörde in jedem konkreten Fall überlassen.

Gleichzeitig verweist die schlesische Landesregierung auf den Inhalt des seitens des schlesischen Landesamtsrats erstatteten Gutachtens, dessen Inhalt sie auszugsweise den Gewerbebehörden bekannt giebt, dessen Ausführungen unter Beachtung auf die besonderen Verhältnisse jedes konkreten Falles als Richtschnur zu dienen haben. Hierbei wird aufmerksam gemacht, daß die Anträge des Landesamtsrats hinsichtlich der Lage, sowie der Baueinteilung und inneren Einrichtung zumeist wohl nur bei Errichtung neuer Bäckereien, beziehungsweise bei Befandlung neuer Betriebsanlagen zur Anwendung gebracht werden können, während die Ausführungen des Gutachtens hinsichtlich der Art und Weise des Betriebes der Bäckereien, sowie bezüglich der Arbeitszeit und Hygiene der Arbeiter auch bei schon bestehenden Bäckereibetrieben Anwendung finden können.

Die bezirksärztlichen Wahrnehmungen hinsichtlich der Bäckereibetriebe sollen künftig in den bezüglichen Jahresberichten speziell dargestellt werden.

Schließlich fordert die Landesregierung die politischen Behörden auf, über die zur Sanierung der bei den Bäckereibetrieben wahrgenommenen Uebelstände getroffenen Verfügungen und deren Erfolge längstens bis Ende November dieses Jahres zu berichten.

Der Auszug aus dem Gutachten des Landesamtsrats ist sehr umfangreich und beschäftigt sich Eingangs mit der Lage der Bäckereien. Der Baugrund soll ein trockener sein, die Bäckerei soll nicht in unmittelbarer Nähe von Düngerküsten, Aborten, Pissoirs, Stallungen, stinkenden Kanalisierungen gelegen sein. Sie soll nicht in unmittelbarer Kommunikation stehen mit der Bäckervohnung und den Schlafstätten der Gesellen und Lehrlinge. Eine größere für einen umfangreichen Stadtverkehr bestimmte Bäckerei hätte nachstehende Lokalitäten zu umfassen: 1. Ein Magazin für Mehl, Hefe und sonstiges Material. 2. Ein Teigknet- und Auswirklöcher — zugleich Gähnstube. 3. Eine Backstube. 4. Eine Kühlstube für das fertige Gebäck. 5. Ein Brot- resp. Gebäckmagazin. 6. Speise-, Toilette- und Umkleieräume für die Arbeiter. 7. Ein Magazin für Brennmaterial. Die Schlafräume der Arbeiter (Gehilfen und Lehrlinge) sollen sich wo möglich in einem anderen Gebäude oder räumlich vollkommen getrennt von den Arbeitslokalen befinden.

An hygienischen Maßnahmen wird gefordert:

1. Die Ansammlung von Mehlstaub, Teig- und Kleisterkrusten ist durch tägliche sorgfältige Waschungen der Wände, Fußböden, Auswärtige und sämtlicher beim Backen verwendeten Geräte zu beseitigen.

2. Die beim Backen beschäftigten Personen haben sich sowohl vor Beginn ihrer Arbeit als auch nach deren Beendigung das Gesicht, die Hände und die unbedeckten Körperteile mit Seifenwasser gründlich zu waschen. Ebenso sind öftere Bäder des ganzen Körpers für sie angezeigt. Bei jeder Bäckerei sollen daher entsprechende Waschvorrichtungen im Umkleezimmer und bei größeren Bäckereien auch eine Badevorrichtung für die Arbeiter vorhanden sein.

3. Die Arbeiter sollen die Bäckereiarbeiten in einem eigens dazu bestimmten weissen, stets reinlichen, wasserdichten Anzug verrichten, welcher nach Beendigung der Arbeit jedesmal abzuliegen und mit dem gewöhnlichen Haus- oder Straßenanzug zu vertauschen ist. Der Arbeitsanzug darf nicht als Schlafanzug benutzt werden.

4. Der schädlichen Einwirkung großer Hitze, namentlich in der Backstube, ist durch fleißige Anwendung der Ventilation entgegenzutreten und hat sich an

der Wand der Backstube, vom Backofen entfernt, ein Thermometer zu befinden, dessen Stand 26 Grad Celsius nicht übersteigen soll.

5. Wo nur immer möglich, sollte das Auswirken des Teiges durch die Anwendung geschlossener Knetmaschinen geschehen, weil dabei Zeit und Kraft erspart und die Verunreinigung des Teiges mit dem Körper des Arbeiters auf das geringste Maß reduziert wird, daher eine Vermischung von Schweiß und Teig gehindert wird. Dies bezieht sich auch auf die Anwendung von Teigteilungsmaschinen.

6. Die fertige Backware ist sofort in die Kühlstube, respektive das Brotmagazin zu bringen und dort vor Staub geschützt auf reinlichen Tischen oder Schragen bis zur Verwendung zu bewahren, und ist jede Verunreinigung der Backware mit unreinen Händen zu vermeiden.

7. Ebenso ist beim Verkauf der Ware darauf zu sehen, daß ihre Beschmutzung mit Straßenstaub, sowie unnötige Betastungen derselben von Seite der Kaufstüchtigen verhindert werden.

Die Arbeitszeit eines erwachsenen Arbeiters soll zwölf Stunden nicht überschreiten, worauf eine Ruhezeit von zwölf Stunden einzutreten hätte. Bei Lehrlingen, welche das sechzehnte Lebensjahr nicht überschritten haben, hat die tägliche Arbeitszeit nicht länger als acht Stunden zu dauern. Das Schlafen der in den Bäckereien beschäftigten Personen innerhalb der Arbeitsräume wäre unter keiner Bedingung zu gestatten, sondern es ist für diese die Beistellung eines eigenen, von der Bäckerei separierten Schlafraumes geboten. Dieser sollte licht, heizbar, gut ventilierbar sein, für jede darin schlafende Person einen Raum von mindestens zwölf Kubikmeter bieten, und es müßte für jeden Schlafenden ein eigenes Bett mit reinlichem Bettzeug vorhanden sein. Uebereinander gestellte Schlafstellen sollten nicht gestattet werden. Die Benutzung der Arbeitsräume als Speiselokale für die darin Arbeitenden ist nicht zu bewilligen. Den Arbeitern ist die zur Einnahme ihrer Mahlzeiten nötige Ruhepause zu gewähren. Mit Tuberkulose, Syphilis oder sonstigen unheilbaren kontagiosen oder ekelerregenden Krankheiten behaftete Personen sollten in den Bäckereien gar nicht, solche mit vorübergehenden kontagiosen, fieberhaften oder ekelerregenden Krankheiten aber für die Dauer der Krankheit nicht zur Arbeit zugelassen werden. Um dieses zu erreichen, sollte jede in eine Bäckerei als Arbeiter eintretende Person vor ihrem Arbeitsantritt von dem hierzu von der Gemeinde bestimmten Ärzte auf ihren Gesundheitszustand untersucht und erst nach erfolgter Befestigung ihrer Zulässigkeit durch den Arzt zur Arbeit aufgenommen werden.

Unser Wiener Parteiorgan bemerkt hierzu: „Der Erlaß ist schon darum bemerkenswert, weil aus ihm hervorgeht, daß die berechtigten Klagen der Bäckereiarbeiter nicht mehr unbeachtet gelassen werden. Die Bäckermeister dürften sich freilich um die Anordnungen der politischen Behörden wenig kümmern und nach wie vor die sanitätswidrigen Mißstände fortwuchern lassen.“

Bei uns im Deutschen Reich ist das gerade so, wie männiglich bekannt. —

Soziale Bewegung.

Die Zahl der streikenden Schiefer-, Ziegel-, Pappdecker und Asphaltreiter in Dresden ist auf 70 gestiegen. 5 Meister mit 35 Leuten haben schriftlich bewilligt. Weitere Ausdehnung des Streiks steht bevor; die Pappdecker und Asphaltreiter arbeiten unter ihren traurigen Verhältnissen größtenteils weiter. —

Ueber 100 Messerschleifer befinden sich seit dem 8. August in Solingen im Streik. Die Ursache des Streiks liegt in dem Benehmen dieser Firma den Arbeitern gegenüber. Der Messerschleifer-Verein hat alles gethan, um eine Beseitigung der entstandenen Differenzen zwischen dem Verein und der Firma auf gütlichem Wege herbeizuführen. Aber vergeblich. Die Firma hat die getroffenen Vereinbarungen gebrochen und durch neu angestellte Kontrolleure den Arbeitern die Arbeit noch schlimmer gemacht. Die Fabrikate der im Streik befindlichen Firma tragen den Stempel: Gottlieb Hammesfahr, Foch-Solingen. —

Der Errichtung eines Arbeitersekretariats hat das Gewerkschaftskomitee in Halle zugestimmt. Man hält jedoch die sofortige Errichtung desselben nicht für notwendig und will den Winter dazu benutzen, um durch Vorträge, durch Artikel und persönliche Agitation allseitiges Interesse bei den organisierten Arbeitern für diese Institution zu erwecken. —

Die Lohnbewegung der Maurer in Hannover scheint doch zu einigen Pläneleien zu führen. Die Versammlung der Arbeiter hatte bekanntlich beschlossen, von einem Streik Abstand zu nehmen, aber es sollte versucht werden, auf gütlichem Wege den Stundenlohn von 45 Pfg. auf 47 1/2 Pfg. zu erhöhen. Ein dahingehender Antrag der Arbeiter auf dem Umbau der Cementfabrik in Wilsberg führte zur sofortigen Entlassung der betreffenden Kommission und legte infolgedessen von den 60 Maurern 34 die Arbeit nieder. —

Die Buchdrucker in Basel traten in eine Bewegung ein für gänzliche Einführung des Neunstundentages und Erhöhung des Minimallohnes. —

Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im schweizerischen Schuhmacher-Verbande, die vom Verbandsrat beschlossen war, ist in der Urabstimmung abgelehnt worden. Dafür stimmten 3, dagegen 8 Sektionen.

Verbandsrat des Unterstützungsvereins der Tabakarbeiter Deutschlands.

Der letzte Verhandlungstag beschäftigt sich mit der Statutenberatung. Es werden dabei eine Reihe Anträge angenommen, welche das bestehende Statut abändern, eine noch größere Anzahl von Anträgen wird aber abgelehnt. Angenommen wird unter anderen folgender Antrag: „Die Generalversammlung möge beschließen, bei Ausbruch von Differenzen, die einen Streik in Gefolgschaft haben könnte, ist eine geeignete Person vom Ausschuss an den betreffenden Ort zu entsenden behufs besserer Orientierung der Sachlage; ebenso bei Aushebung bereits bestehender Streiks.“ Weiter wird der Vorstand verpflichtet, halbjährlich einen Ueberblick über den Mitglieder- und Kassensstand zu veröffentlichen. Angenommen wird auch folgender Antrag: „Die Generalversammlung wird ersucht, einen Beschluß dahin zu fassen, daß eine jährliche Statistik aufgenommen wird, wie hoch sich die Ausgaben an Beibratete sowie an Lebzige stellen. — Motiv: Die Statistik würde beweisen, daß die Ausgaben an reisende lebige Mitglieder allein nicht so enorm sind, wie gewöhnlich angenommen wird, 20 Prozent der Reiseunterstützung werden sicher von Beibrateten in Anspruch genommen.“ Folgende Resolution wird zum Punkt: Hausarbeit angenommen: „Die Agitation hat ihr Augenmerk stets auf die Schäden der Hausarbeit mit zu richten und auf die Beseitigung resp. das Verbot derselben hinzuwirken.“ Es werden alsdann die Wahlen vorgenommen und der frühere Vorstand und Ausschuss wiedergewählt. Der Sitz des Verbandes bleibt in Bremen, der des Ausschusses in Hannover. Die Geschäfte des Kongresses sind hiermit erledigt. Derselbe wird geschlossen.

Sinein in die Gewerkschaften

muß der Auf sein, der durch die Reihen der deutschen Arbeiterbewegung jetzt zu schallen hat. Kann es eine bessere Antwort auf den Versuch geben, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen, als Masseneintritt in die Organisationen?

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat gewiß im Laufe der letzten Jahre bedeutende Fortschritte gemacht, aber sie ist noch immer viel zu schwach. Das Beispiel der englischen Trades-Unionisten sollte anfeuernd auf die deutschen Industriearbeiter wirken. Ueber zwei Millionen sozialdemokratischer Stimmen sind bei den letzten Wahlen bei uns abgegeben worden, und die Zahl der in Gewerkschaften organisierten Arbeiter umfaßt noch lange nicht eine halbe Million.

Das muß anders werden. Wenn die Gewerkschaften und die politischen Organisationen die beiden Beine genannt werden, auf denen das um seine Emanzipation kämpfende Proletariat vorwärts marschirt, so muß dafür gesorgt werden, daß sie gleich stark sind.

Zimmer festiger wird der Widerstand unserer Gegner. Der Beschluß des Delegiertenkongresses des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister zu Dresden ist den Arbeitern bekannt, am 5. September tagte in Leipzig eine vom Hamburger Arbeitgeberverband einberufene Arbeiternachweiser-Konferenz, die von allen größeren Unternehmerverbänden auch Oesterreichs und von mehreren Handelskammern besetzt war. Dort wurde offen ausgesprochen, daß ein Druck auf die Arbeitssuchenden ausgeübt werden müsse, um die Wäde von den Schafen zu sondern. Die Arbeitsvermittlung sei ein so feines Ding, erfordere so viel Spezialkenntnisse und Spezialrücksichten, daß nur die Unternehmer im Stande seien, sie zu leiten. Die Konferenz nahm, um dem „Ansturm der von der Sozialdemokratie verhetzten Arbeitermassen“ zu begegnen, eine Resolution an, wonach „im Interesse des Groß- und Kleinwerkes der Arbeitssuchenden von den Unternehmern zu organisieren und zu handhaben ist“.

Zimmer dreister treten die Proben auf, sie wollen den Markt, wo die Ware Arbeitskraft gehandelt wird, einseitig beherrschen. Um so energischer muß die Abwehr sein. Jeder politisch organisierte Genosse muß auch gewerkschaftlich organisiert sein. Daß die Reihen der organisierten Arbeiter sich verdoppelt und verdreifacht, dafür muß die Agitation sofort mit aller Kraft aufgenommen werden.

Millionen deutscher Arbeiter kann man nicht ins Zuchthaus stecken. Sinein in die Gewerkschaften! —

Aus der Parteibewegung.

Nach der Zusammenstellung des Parteivorstandes wurde im Monat August wegen Vergehen, die mit der Arbeiterbewegung im Zusammenhange stehen, auf insgesamt 2 Jahre, 11 Monate, 3 Wochen und 5 Tage Gefängnis und 2185 Mark Geldstrafe erkannt. Magdeburg ist siebenmal in der Liste vertreten und hat damit wieder alle anderen Orte überflügelt. Erkannt wurde:

Am 3. August wegen unerlaubten Kellertrens auf eine Geldstrafe von 30 Mark gegen die Zimmerleute Hesse und Müller. —

Am 5. August gegen den Genossen Bernstein 20 und 50 Mark, sowie drei Revisoren der Metallarbeiter-Krankenkasse je 20 Mark Geldstrafe, weil sie für Kränze, Nachrufe usw. Gelder gesammelt und verausgabt haben. —

Am 9. August gegen den Kesselschmied Geißler auf 30 Mark Geldstrafe wegen Schutzmännchenbeleidigung. —

Am 12. August wegen Verübung groben Unfugs gegen 9 Maurer auf je 30 Mark Geldstrafe. —

Am 16. August wegen Vergehen gegen das preussische Vereinsgesetz gegen mehrere Genossen auf je 10 Mark Geldstrafe. —

Am 24. August wegen Beleidigung eines Staats- und Oberstaatsanwaltes auf 14 Tage Gefängnis gegen Genossen Müller. —

Am 24. August wegen Verübung groben Unfugs auf 14 Tage Haft gegen Genossen Goede und 10 Tage Haft gegen den Drucker Wille. —

Die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen wurde von den Parteigenossen in Stettin

